

E3/2012

29. November 2012

- **Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft (HI), Marburg**
- **Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen**
- **Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW Berlin (Institut für Konjunkturforschung)**
- **Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK), Gatersleben**
- **Deutsches Institut für Ernährungsforschung (DIfE), Potsdam-Rehbrücke**

Leibniz-Institute in Marburg, Essen, Berlin, Gatersleben und Potsdam positiv evaluiert

Berlin. Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft hat heute nach Abschluss der wissenschaftlichen Evaluierung von fünf Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft Bund und Ländern empfohlen, diese Einrichtungen weiterhin gemeinsam zu fördern.

Jede Leibniz-Einrichtung wird regelmäßig extern evaluiert, spätestens alle sieben Jahre. International ausgewiesene Sachverständige, die durch schriftliche Unterlagen und bei einem Evaluierungsbesuch informiert werden, bewerten die Leistungen und Strukturen jeder Einrichtung. Die Ergebnisse der Begutachtung werden in einem Bewertungsbericht festgehalten, zu dem die evaluierte Leibniz-Einrichtung Stellung nehmen kann. Auf dieser Grundlage verabschiedet der Senat der Leibniz-Gemeinschaft eine wissenschaftspolitische Stellungnahme, die Empfehlungen zur weiteren Förderung enthält. Diese Senatsstellungnahme dient der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) zur Überprüfung der Fördervoraussetzungen einer Leibniz-Einrichtung. Zusammen mit den Anlagen A (Darstellung bzw. Zusammenfassung der schriftlichen Evaluierungsunterlage), B (Bewertungsbericht) und C (Stellungnahme der Einrichtung zum Bewertungsbericht) wird die Senatsstellungnahme auf der Internet-Seite der Leibniz-Gemeinschaft veröffentlicht. Alle beteiligten Gremien sind ausschließlich mit Personen besetzt, die nicht an Leibniz-Einrichtungen tätig sind.

Zu den Stellungnahmen des Senats der Leibniz-Gemeinschaft im Einzelnen:

Das **Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft (HI)** in **Marburg** hat sich in den letzten Jahren beeindruckend entwickelt. Dies hält der Senat der Leibniz-Gemeinschaft in seiner heute veröffentlichten Stellungnahme fest. Das Institut habe seinen Gründungsauftrag, Überlieferungen und Quellen aus den vor 1945 deutschen Ostgebieten zu sammeln, im Laufe der Zeit sinnvoll ausgeweitet und modernisiert. Heute befasse sich das Herder-Institut in der wissenschaftlich notwendigen Breite mit der historischen

Erforschung der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Ostmitteleuropa. Das Institut erweitere seine Quellensammlungen stetig und stelle sie über ein zentrales Fachinformationsportal in einer sehr gut aufbereiteten Weise zur wissenschaftlichen Nutzung zur Verfügung. Diese Dienstleistungsaufgaben werden, so der Leibniz-Senat, am Institut sehr gut von eigenen Forschungsaktivitäten begleitet. Das Herder-Institut nehme eine international hoch anerkannte Vermittlungsfunktion zwischen Deutschland und Ostmitteleuropa wahr. Der Senat geht davon aus, dass das Herder-Institut sein überzeugendes Gesamtkonzept zukünftig weiter entfalten kann und dabei durch alle Zuwendungsgeber inhaltlich sowie finanziell angemessen unterstützt wird. Der Leibniz-Senat empfiehlt Bund und Ländern, die gemeinsame Förderung des Instituts fortzusetzen.

Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft beurteilt das **Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)** in **Essen** als eine erfolgreiche Einrichtung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und der evidenzbasierten Politikberatung. Insbesondere aufgrund klarer Akzentsetzungen sei es am Institut seit der letzten Evaluierung in vielen Bereichen zu einer erkennbaren Leistungssteigerung gekommen. Zum Beispiel habe sich das Institut der Gesundheitsökonomik zugewandt, einem bislang in der Wissenschaft vernachlässigten Gebiet. Der Aufbau eines Forschungsdatenzentrums sei ebenfalls ein wichtiger Schritt bei der weiteren Profilierung. Der Senat empfiehlt, den von der Leitung des RWI eingeschlagenen Weg einer klaren strategischen Positionierung und Prioritätensetzung fortzusetzen. Dies werde es dem RWI ermöglichen, sich auch auf europäischer Ebene in Forschung und Politikberatung gut positionieren zu können. National sei das Institut bereits sehr anerkannt, so der Senat. Der Leibniz-Senat empfiehlt Bund und Ländern, die gemeinsame Förderung des RWI fortzusetzen.

Das **Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, DIW Berlin (Institut für Konjunkturforschung)** erforscht sowohl wirtschafts- als auch sozialwissenschaftliche Zusammenhänge und berät politische Entscheidungsträger. Mit dem „Sozio-oekonomischen Panel“ (SOEP), in dessen Rahmen repräsentativ und regelmäßig soziale und wirtschaftliche Daten von über 13.000 Haushalten und 25.000 Personen erfasst werden, beherbergt es eine international herausragende Forschungsinfrastruktur, so der Senat der Leibniz-Gemeinschaft in seiner heute veröffentlichten Stellungnahme. Der Senat hält weiter fest, dass am DIW Berlin auch in vielen weiteren wissenschaftlichen Arbeitsbereichen in den letzten Jahren überzeugende Leistungen entstanden seien. Allerdings habe die wissenschaftlich-strategische Gesamtentwicklung des Instituts zwischen 2009 und 2011 stagniert. Dem derzeit übergangsweise amtierenden Vorstand sei es gelungen, einen Prozess der Neustrukturierung einzuleiten. In den kommenden Jahren wolle das DIW Berlin seine makroökonomischen Arbeiten deutlich ausbauen. Der Senat begrüßt einerseits, dass Leitung und Aufsichtsgremium des Instituts klare Vorstellungen für die Zukunft entwickelten. Andererseits weist er darauf hin, dass angesichts der bisher schwächeren Leistungen in der makroökonomischen Forschung offen sei, inwieweit die ambitionierten Planungen am DIW erfolgreich umgesetzt werden können. Eine Voraussetzung ist nach Auffassung des Leibniz-Senats, dass der Vorstandsvorsitz wie geplant fachlich herausragend in diesem Bereich besetzt wird. In

drei Jahren soll der DIW-Vorstand berichten, wie sich das Institut weiterentwickelt hat. Bund und Ländern empfiehlt der Senat, die gemeinsame Förderung des DIW Berlin fortzuführen.

Wie der Senat der Leibniz-Gemeinschaft heute festhält, liefert das **Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK)** in Gatersleben unverzichtbare Beiträge zum Verständnis und zum Erhalt der genetischen Vielfalt von Kulturpflanzen, zur Ernährungssicherung und zur nachhaltigen Verbesserung von landwirtschaftlichen Produktionssystemen. Zentrales Alleinstellungsmerkmal des Instituts sei die international anerkannte und hervorragend geführte „Bundeszentrale Ex-situ-Genbank für landwirtschaftliche und gartenbauliche Kulturpflanzen“. Einer Empfehlung der letzten Evaluierung folgend, habe das IPK mit großem Erfolg an der Sequenzierung des Gerstengenoms gearbeitet. Zudem sei das IPK in Deutschland sehr gut vernetzt. Der Senat hebt die Beteiligung an dem neuen DFG-Forschungszentrum „*German Centre of Integrative Biodiversity Research – iDiv*“ mit den Universitäten in Leipzig, Jena und Halle-Wittenberg hervor. Der Senat hält für es notwendig, dass das IPK seine Organisationsstruktur verbessert und insbesondere die Bioinformatik stärker in das Gesamtkonzept des Instituts einbezieht. Das IPK wird gebeten, dem Senat zu diesen Fragen in drei Jahren zu berichten. Bund und Ländern empfiehlt der Leibniz-Senat, das IPK weiterhin gemeinsam zu fördern.

Wie der Senat der Leibniz-Gemeinschaft in seiner heutigen Stellungnahme feststellt, untersucht das **Deutsche Institut für Ernährungsforschung (DIfE)** in **Potsdam-Rehbrücke** sehr erfolgreich den Zusammenhang zwischen Ernährung und Gesundheit. In den vergangenen Jahren habe der Vorstand weitsichtige Richtungsentscheidungen getroffen. So sei ein wissenschaftlich hoch aktueller, leistungsfähiger und gesundheitspolitisch wichtiger neuer Forschungsschwerpunkt zu den biologischen Grundlagen von Nahrungsauswahl und Ernährungsverhalten eingerichtet worden. Positiv würdigt der Senat auch die Arbeiten des DIfE in der Epidemiologie einschließlich seiner Beteiligung und Mitgestaltung der Nationalen Kohorte. Das Institut nehme seine Beratungsaufgaben in der Gesundheitspolitik überzeugend wahr. Außerdem trage das DIfE neue wissenschaftliche Erkenntnisse sehr gut aufbereitet in die breite Öffentlichkeit, so der Senat. Die Nachfolge für den ruhestandsbedingt ausscheidenden Direktor, der die Gesamtentwicklung des Instituts in den vergangenen Jahren maßgeblich geprägt habe, müsse nun von den Verantwortlichen zügig geklärt werden. Der Leibniz-Senat empfiehlt Bund und Ländern, das DIfE weiter gemeinsam zu fördern.

Die einzelnen Senatsstimmungen finden Sie im Wortlaut auf den Internetseiten der Leibniz-Gemeinschaft unter www.leibniz-gemeinschaft.de/evaluierung

Pressekontakt für die Leibniz-Gemeinschaft

Christian Walther

Tel.: 030 / 20 60 49 - 42

Mobil: 0173 / 513 56 69

walther@leibniz-gemeinschaft.de

Christoph Herbort-von Loeper
Tel.: 030 / 20 60 49 – 48
Mobil: 0174 / 310 81 74
herbort@leibniz-gemeinschaft.de

Die Leibniz-Gemeinschaft

Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 86 selbständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Sie betreiben erkenntnis- und anwendungsorientierte Grundlagenforschung. Sie unterhalten wissenschaftliche Infrastrukturen und bieten forschungsbasierte Dienstleistungen an. Die Leibniz-Gemeinschaft setzt Schwerpunkte im Wissenstransfer in Richtung Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Leibniz-Institute pflegen intensive Kooperationen mit den Hochschulen - u.a. in Form der Wissenschaftscampi -, mit der Industrie und anderen Partnern im In- und Ausland. Sie unterliegen einem maßstabsetzenden transparenten und unabhängigen Begutachtungsverfahren. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Die Leibniz-Institute beschäftigen rund 16.500 Personen, darunter 7.700 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Der Gesamtetat der Institute liegt bei 1,4 Milliarden Euro.

www.leibniz-gemeinschaft.de